



Frieden in Vietnam - aber nicht einen Frieden um jeden Preis und auch keine getarnte Kapitulation. Politik eines freieren Handelsverkehrs in der freien Welt (!); aber Erkenntnis der Notwendigkeit, die Probleme einer möglichen Gefährdung mancher Industrien durch einen plötzlichen Import-Zustrom von Fall zu Fall zu prüfen. Im Uebrigen zu bemerken: starke Betonung der Notwendigkeit von Ruhe und Ordnung im Land und der rüstungsmässigen Anstrengungen. Primat der Innenpolitik über die Aussenpolitik, in welcher nicht allzu grosse Änderungen sich abzeichnen.

2. Die Vorbehalte, welche weite Kreise der Bevölkerung gegenüber Nixon nährten, sind noch keineswegs überwunden. In seiner "Campagne" hat er es zwar verstanden, ein sehr viel ruhigeres, abgewogeneres und reiferes Gesicht zu zeigen als in vergangenen Jahren. Sein Antikommunismus erscheint stark gemildert. Er hat aber eine klare und eindeutige Stellungnahme zu den brennenden Problemen, mit denen Amerika konfrontiert ist, bisher vermissen lassen. Man hat den Eindruck, dass seine Aeusserungen nicht so sehr von wirklicher Einsicht und Verantwortungsfreude als vielmehr vom Wunsch getragen sind, im Moment das zu sagen, was seinen wahlpolitischen Interessen gerade am besten dienen könnte. So ist er, was den Krieg in Vietnam anbelangt, von seinen früheren Erklärungen eines ausgesprochenen "Hawk" weit abgerückt, und er erscheint heute fast eher als ein "Dove", ohne aber mit praktischen und klaren Aeusserungen erkennen zu lassen, wie er sich die ersehnte Beendigung des Kriegs vorstellen würde.

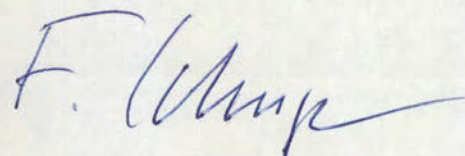
3. Der Rückhalt, den Nixon in der eigenen Partei gefunden hatte, war denn auch - abgesehen von den Professionellen des Parteiapparats - beschränkt. Sein Hauptkonkurrent Rockefeller hatte aber seine Chancen durch sein Zaudern im entscheidenden Moment stark beeinträchtigt. Reagan kam noch später ins Rennen und fand von vornherein nur in rechtsextremen Kreisen Anklang. Trotzdem ist es vorgestern Nixon nur knapp gelungen, das Kap der absoluten Mehrheit von 667 Delegiertenstimmen im ersten Wahlgang zu passieren. Die Möglichkeit, vor der offiziellen Auszählung die Abstimmungsergebnisse der Delegationen der einzelnen Staaten noch zu ändern, erlaubte dann allerdings doch noch die Demonstration einer anscheinenden Einheit der Partei hinter ihrem neuen Führer.
4. Diese Wahl kostete aber Nixon, um die massgebenden Politiker der Südstaaten von einem Abschwenken auf den ihnen an sich lieber Reagan abzuhalten, offenbar schwere Konzessionen in bezug auf die Kandidatur für den Posten des Vizepräsidenten. Es scheint, dass die erwähnten Politiker die Kandidatur von fortschrittlichen jungen Republikanern, welche aus dem Kreis der keiner Partei verpflichteten und schliesslich ausschlaggebenden Wähler hätten Unterstützung für das republikanische "Ticket" gewinnen können, abgelehnt haben. Agnew, der sich selbst als fortschrittlicher Republikaner bei den Wahlen im Staat Maryland als Gouverneur durchgesetzt hatte, ist seither selbst eher den rechtsorientierten Kreisen näher gerückt und sein Name hat keine wesentliche Zugkraft.

5. Auch mit Agnew gepaart wird es Nixon kaum gelingen, die Südstaaten, auf welche der separatistische Demokrat Wallace aus Alabama zählen kann, zu entreissen. In den andern Staaten, namentlich auch in den grossen Städten des Nordens, wird Agnew der limitierten Durchschlagskraft von Nixon selbst kaum sehr viel beifügen können.
6. Die republikanische Partei verfügt über eine ganze Anzahl fortschrittlicher junger Leute wie Percy (Senator aus Illinois), Hatfield (Senator aus Oregon, dessen Gouverneur er bis vor kurzem war) und Mayor Lindsay von New York, die einen neuen liberaleren Zug in die amerikanische Politik bringen und, wie Rockefeller, auch auf die Jugend eine starke Anziehung ausüben. Abgesehen von der Unterstützung der offiziellen Kandidaten, zu der die Jungen im Zeichen der Einheit der Partei Gelegenheit erhielten, sind sie in dieser "Convention" weitgehend ignoriert worden. Die Enttäuschung der jungen Republikaner ist an der "Convention" sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.
7. Den Aeusserungen der diplomatischen Kollegen, welche der "Convention" ebenfalls beiwohnten, war ganz allgemein zu entnehmen, dass sie - über die traditionell im allgemeinen viel grössere ausländische Affinität für die demokratische Partei hinaus - für die neuen republikanischen Kandidaten wenig Fiduz haben und ihnen auch nicht allzu grosse Wahlausichten einräumen.
8. Die Partei hat offenbar von der vernichtenden Niederlage vor vier Jahren mit Goldwater, der übrigens an der "Convention"

- 5 -

bei seinem Auftreten besonders lebhaft beklatscht wurde (!), nicht viel gelernt. Sie geht mit einem Kandidatenpaar in den Wahlkampf, das nicht einmal die eigenen Leute sehr zu begeistern vermag. Das lässt den Demokraten, obschon sie unter Johnson mit seiner Vietnampolitik u.s.w. in eine schwere Krise geraten sind und ihr wahrscheinlicher Kandidat Humphrey sich von der Mitverantwortung dafür schwerlich genügend wird lösen können, für den bevorstehenden Wahlkampf doch gute Chancen.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'F. Wamp', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.